2020/25 Ausland

https://shop.jungle.world/artikel/2020/25/gestuerzte-kolonialisten

In Großbritannien wird über die Statuen von ehemaligen Sklavenhändlern gestritten

Gestürzte Kolonialisten

Von **Doerte Letzmann**

Die Proteste gegen rassistische Polizeigewalt in Großbritannien haben eine Debatte über die Denkmäler britischer Sklavenhändler und Kolonialisten ausgelöst. Rechtsextreme fühlen sich aufgefordert, diese zu verteidigen.

Der gewaltsame Tod von George Floyd am 25. Mai hat weltweit Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt ausgelöst. Auch in Großbritannien fanden in vielen Städten Demonstrationen unter dem Motto »Black Lives Matter« (BLM) statt. Während zu Beginn Gewalt und Rassismus der britischen Polizei und Behörden im Vordergrund standen, entfachten die Proteste schnell eine weitreichende Debatte über britischen Kolonialismus und Erinnerungskultur. In dieser geht es vor allem um Denkmäler britischer Kolonialisten und Sklavenhändler.

Auslöser war eine Demonstration gegen Rassismus in Bristol am 7. Juni. Demonstranten stürzten die 1895 im Stadtzentrum errichtete Statue des Sklavenhändlers, Revolutionsmäzen und schließlich konservativen Abgeordneten im siegreichen Parlament, Edward Colston (1636–1721), und versenkten sie anschließend im Hafen. Während einige die Aktion als überfällig ansehen, um die britische Sklaverei nicht mehr zu verschweigen oder zu romantisieren, äußerten andere Unverständnis darüber, dass die Demonstranten sich über demokratische Prozesse hinweggesetzt hätten, oder empörten sich über den vermeintlichen Angriff auf britische Identität. Die Statue war schon zur Zeit ihrer Aufstellung nicht unumstritten, in den vergangenen Jahren hatten zudem mehrere Kultureinrichtungen den Namensbestandteil Colston abgelegt, obwohl er ursprünglich als ihr Stifter fungiert hatte.

> Antirassistische Gruppen in Großbritannien bemühen sich seit Jahren um die Entfernung einiger kontroverser Statuen aus dem öffentlichen Raum.

Londons Bürgermeister Sadiq Khan (Labour) kündigte prompt an, sich eine Übersicht über die Denkmäler der Stadt verschaffen zu wollen. Denkmäler, bei denen eine Verbindung zur britischen Sklaverei besteht, sollten entfernt werden. Die Statue des Sklavenbesitzers

Robert Milligan (1746–1809) im Stadtteil Docklands ließ Khan bereits am 9. Juni entfernen. Eine Statue des ehemaligen Premierministers Winston Churchill auf dem Parliament Square, dem Platz vor dem Westminster-Palast, wurde dagegen auf Khans Anweisung mit Brettern abgedeckt. Zuvor war diese bei Protesten mit den Worten »war ein Rassist« beschmiert worden. Als Reaktion auf die Proteste kündigten auch andere von Labour-Politikern geführte Städte und Gemeinden eine Untersuchung ihrer Denkmäler an. Der neue Vorsitzende der Labour-Partei, Keir Starmer, reagierte verhaltener. Es sei »völlig falsch« gewesen, die Statue von Colston im Meer zu versenken; diese sei nicht im Hafenbecken, sondern im Museum am besten aufgehoben.

Premierminister Boris Johnson übte ebenfalls Kritik und bezeichnete den Protest in Bristol als »unterwandert von Verbrechern«. Er sei gegen eine Bearbeitung der »gesamten kulturellen Landschaft«. Als Reaktion auf die Proteste versprach er die Bildung einer Kommission zur Untersuchung von »ethnischer Ungleichheit«, ohne konkreter zu werden. Zudem wünsche er sich ein Ende des »Opferdenkens« bei ethnischen Minderheiten. Er wolle besonders die Erfolgsbeispiele von Mitgliedern dieser Gruppen hervorheben. Gegen jeden Versuch, die Churchill-Statue auf dem Parliament Square zu entfernen, werde er sich »bis zum letzten Atemzug« wehren.

Die Debatte über die öffentliche Ehrung von Sklavenhändlern und -besitzern in Großbritannien ist nicht neu, erfährt aber nun größere Aufmerksamkeit in den Medien. Antirassistische Gruppen bemühen sich seit Jahren um die Entfernung einiger kontroverser Statuen aus dem öffentlichen Raum. Ein Beispiel ist die Statue von Cecil Rhodes (1853–1902) auf dem Grundstück des Oriel College der Universität Oxford. Der in Südafrika tätige Politiker, Unternehmer und Namensgeber der Kolonie Rhodesien (heute: Zimbabwe) war überzeugter Anhänger des britischen Imperialismus und motiviert von der Annahme, die »englische Rasse« sei die »führende der Welt«. Mitglieder der Universität forderten 2015 die Entfernung seines Denkmals, stießen aber bei der Universitätsleitung auf taube Ohren.

Rechtsextreme sahen sich am vergangenen Wochenenden in der Verantwortung, Angriffe auf Denkmäler zu verhindern. Am Samstag versammelten sich in London mehrere Tausend von ihnen. Sie waren einem emotionalen und aggressiven Aufruf des ehemaligen Anführers der English Defence League, Tommy Robinson, gefolgt, »unsere Denkmäler zu schützen«. Dem Aufruf schloss sich auch die rechtsextreme Democratic Football Lads Alliance an. Robinson kritisierte in seinem Appell die Polizei, die er als zu schwach und unfähig bezeichnete, um der radikalen Linken entgegenzutreten. Nachdem viele Teilnehmer schon am Vormittag Alkohol konsumiert hatten, kam es in der Nähe des britischen Parlaments zu Ausschreitungen gegen die Polizei. Eine kleinere Gruppe der rechten Demonstranten griff am Nachmittag den »Black Lives Matter«-Protest im Trafalgar Square an. Obwohl der offizielle Aufruf zur Gegendemonstration gegen den Aufmarsch der Rechten aus Angst vor einer Konfrontation zurückgezogen worden war, hatten sich Gruppen von Antifaschisten und Aktivisten an verschiedenen Orten in der Stadt versammelt. Nach den Ausschreitungen wurden 113 Personen festgenommen, die meisten auf Seiten der Rechtsextremen. Die Polizei fordert nun ein generelles Demonstrationsverbot.

Die Rechtsextremen gaben zwar vor, die Denkmäler schützen zu wollen, schienen sich aber um ein würdiges Angedenken kaum zu scheren, wie ein Ereignis während ihres Aufmarschs verdeutlicht. Ein angetrunkener Mann urinierte während der Demonstration neben das Denkmal zu Ehren des Polizisten Keith Palmer, der bei einem jihadistischen Terroranschlag am 22. März 2017 ums Leben kam. Er wurde angezeigt und zu einer Haftstrafe von zwei Wochen verurteilt.

© Jungle World Verlags GmbH